

Politikwissenschaft und die digitale Gesellschaft

Jeanette Hofmann, Norbert Kersting, Claudia Ritzi und Wolf J. Schünemann

Der digitale Wandel hat längst auch den wissenschaftlichen Veröffentlichungsbetrieb erfasst: Wissenschaftliche Papiere zirkulieren auf elektronischen Wegen, werden auf digitalen Plattformen zugänglich gemacht, algorithmisch gefiltert und bibliometrisch ausgewertet. In Bibliotheken werden Regalmeter ab- und Computerarbeitsplätze aufgebaut. Und Verlage verkaufen immer häufiger Download-Pakete statt einzelner Buchtitel. In diesen Zeiten einen Sammelband zu veröffentlichen, ja sogar eine Buchreihe zum Thema »Politik in der digitalen Gesellschaft« zu etablieren, mag demgegenüber geradezu antiquiert erscheinen. Dennoch haben wir diesen Weg gewählt, und mit diesem Auftaktband erreichen wir das erste Etappenziel.

Nicht nur, weil die einzelnen Bände sowohl als Druckfassung als auch »Open Access« erscheinen, glauben wir, dass eine solche Schriftenreihe Zukunft hat. Sie soll einen Ort bilden, an dem aktuelle und bemerkenswerte Arbeiten zum Thema »Politik in der digitalen Gesellschaft« für eine breite (sozial-)wissenschaftliche »Community« sichtbar werden. Dies können zentrale Ergebnisse aus großen Forschungsprojekten, Dissertationen und andere Monographien oder auch Tagungsbände sein. Es können Studien aus der Politikfeldforschung ebenso wie aus der Politischen Theorie, der Partizipationsforschung, dem Bereich der Politischen Kommunikation oder aus anderen Teilbereichen der Politikwissenschaft, der Soziologie oder der Kommunikationswissenschaft sein. Denn die Untersuchung digitaler Technologien überwindet auch die Grenzen etablierter Disziplinen und Forschungsfelder.

Unter anderem auf dieses »Grenzgängertum« mag es zurückzuführen sein, dass sich auch rund zwanzig Jahre nach dem Beginn des »digitalen Zeitalters«¹ im deutschsprachigen Raum nur allmählich ein eigenständiges Forschungsfeld zur Analyse der neuen Technologien und ihrer gesellschaftlichen und politischen Implikationen etabliert (vgl. Kersting 2019a). Auch an (Publikations-)Foren, in welchen wissenschaftliche Diskurse vertieft geführt werden können, mangelte es lange Zeit.

¹ Nach Hilbert/Lopéz (2011) war es ab dem Jahr 2002 das erste Mal möglich, mehr Informationen digital als in analogen Formaten zu speichern, was als Anhaltspunkt für den Beginn eines »digitalen Zeitalters« gilt.

Angesichts der vielfältigen Forschungsarbeiten, die rund um das Thema Politik und Digitalität entstehen, ist hier mittlerweile eine größere Dynamik zu beobachten.

In den letzten Jahren wurde vor allem der so genannten »Politik im Netz« (Schünemann 2019), also den Veränderungen politischer Kampagnenarbeit, Partizipation, Kommunikation und des demokratischen Repräsentationsbetriebs, viel Beachtung geschenkt (stellvertretend für viele Kersting 2012; Kneuer 2013; Dohle et al. 2014). Mit Blick auf die Erforschung des entstehenden Politikfelds (die »Politik fürs Netz«) mit seinen Subfeldern gilt dies zwar nicht im selben Maße, doch auch hier ist eine wachsende Forschungstätigkeit zu konstatieren (vgl. u.a. Haunss/Hofmann 2015; Bergemann et al. 2016; Hofmann et al. 2017; Reiberg 2017; Kersting 2019b). Zudem ist die Digitalisierung auch in der Methoden-, Begriffs- und Theoriebildung mittlerweile ein wichtiges Thema (vgl. u.a. Jacob/Thiel 2017; Thimm/Bächle 2019; Roberts et al. 2015; Lemke/Wiedemann 2015).

Angesichts stabiler Disziplinengrenzen und Forschungstraditionen ist es den Sozialwissenschaften in Deutschland über lange Zeit schwergefallen, Aspekte der Digitalisierung als eigenständiges Themenfeld zu bearbeiten oder in bestehende Felder zu integrieren. Im Vergleich zu Großbritannien oder den USA, wo mit dem Oxford Internet Institute und dem Berkman Klein Center for Internet & Society schon früh eigene Forschungsinstitute und -zentren gegründet wurden, um die gesellschaftlichen, einschließlich der politischen, Zusammenhänge der Internetentwicklung zu erforschen, hat eine vergleichbare Entwicklung in Deutschland ein gutes Jahrzehnt auf sich warten lassen (vgl. ausführlich Busch 2019; Kersting 2019a). Nach der Gründung akademischer Forschergruppen z.B. an den Universitäten Marburg, Berlin, Gießen und Bremen wurde 2012 in Berlin das Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft auf Initiative und mit finanzieller Unterstützung von Google gegründet; 2017 kam dann das Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft als vollständig öffentlich finanzierte Einrichtung dieser Art hinzu. Aus dem von der Ausschreibung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für ein »Deutsches Internetinstitut« ausgelösten Wettbewerb sind zudem weitere Initiativen und teilweise sogar auf Dauer gestellte Einrichtungen hervorgegangen, so das Center for Advanced Internet Studies (CAIS) in Bochum und das Bayerische Forschungsinstitut für Digitale Transformation in München. Im gleichen Zeitraum ist auf Anregung von Norbert Kersting die DVPW-Themengruppe »Internet und Politik – Elektronische Governance« entstanden, die inzwischen in den DVPW-Arbeitskreis »Politik und Digitalisierung« – umgewandelt worden ist. Bereits zuvor fanden Vernetzungen beispielsweise im Research Committee 10 »Electronic Democracy« des internationalen politikwissenschaftlichen Fachverbandes IPSA und in der ECPR Standing Group »Internet and Politics« statt.

Demgegenüber hat sich der Forschungsgegenstand selbst in den letzten beiden Jahrzehnten kontinuierlich und dynamisch gewandelt – was nicht ohne Folgen für

das Selbstverständnis und die Orientierung der wissenschaftlichen Arbeiten blieb. In dem Maße wie beispielsweise Netzpolitik als gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe das Regierungsgeschäft und die politische Debatte erreicht hat, scheint die Attraktivität und Passgenauigkeit der Bezeichnung Netzpolitik abzunehmen (Ritti/Zierold 2019, 46). Heute ist stattdessen vielmehr von Digitalpolitik und Digitalisierung die Rede, was nicht zuletzt dazu beiträgt, die Fokussierung auf Internettechnologien und den Vernetzungsaspekt zu vermeiden. Stattdessen wird die gesellschaftliche und politische Bedeutung der Digitalisierung zunehmend breit und umfassend behandelt. Die Etablierung von Social Media hat nicht nur die Nutzung digitaler Technologien in der Bevölkerung beflogt, sie hat auch zu völlig neuen Informations- und Diskursmustern geführt, die umfangreich analysiert wurden (vgl. u.a. Faas/Sack 2016; Imhof et al. 2015).

Deutschland ist im internationalen Vergleich der Industrieländer in mehrfacher Hinsicht ein Sonderfall: So liegt die Bundesrepublik in Bezug auf die Nutzerzahlen sozialer Medien deutlich hinter Ländern wie den USA oder Frankreich – dies gilt im Besonderen für Twitter (Reuters 2019). In Deutschland ist Twitter eher ein Instrument für politische Eliten, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen, die zentrale Akteure und Multiplikatoren darstellen – aber bei weitem keinen Querschnitt der Bevölkerung abbilden. Beim Netzausbau und insbesondere beim Glasfaser-Ausbau werden Defizite bei der Bereitstellung digitaler Infrastruktur und digitaler Serviceleistungen seit Jahren bemängelt (siehe Nationaler Normenkontrollrat 2017). Zugleich stagniert die Nutzung von E-Government-Angeboten wie zum Beispiel dem digitalen Personalausweis in Deutschland seit Jahren. Versuche, Digitalisierungsfragen in einem Ministerium zu bündeln und im föderalen System zu harmonisieren, führten zur Gründung von Institutionen wie dem IT-Planungsrat, aber kaum zu föderalen Lernprozessen oder zu einer umfassenden Koordinierung (Kersting 2019b). Digitalpolitik verbleibt im Status einer Teilaufgabe verschiedener Ministerien.

Die öffentliche Diskussion über digitale Technologien hat in den letzten Jahren eine unübersehbare Kehrtwende vollzogen. Im Vergleich zu den überwiegend optimistischen Erwartungen in den 1990er und frühen 2000er Jahren dominierten in den 2010er Jahren die kritischen Beobachtungen. Ein Blick auf viel beachtete Titel internationaler Publizistik aus den letzten zwei Jahrzehnten verdeutlicht diesen Wandel: Er reicht von der »Virtuelle[n] Gemeinschaft« (Rheingold 1994) und »Being digital« (Negroponte 1995) über das »Informationszeitalter« (Castells 2001–2003), den »Wealth of networks« (Benkler 2006) und »Here comes everybody« (Shirky 2008) bis hin zu »Net Delusion« (Morozov 2011), dem »Zeitalter des Überwachungskapitalismus« (Zuboff 2018) und dem »Cyberwar« (Kaplan 2016).

Diesseits der großen Erzählungen über das digitale Zeitalter (vgl. dazu aus systemtheoretischer Perspektive Nassehi 2019; Baecker 2018) hat sich in den letzten zehn Jahren ein internationales Forschungsfeld etabliert, dessen empirischer

Ertrag enorm vielfältig und kaum noch überschaubar ist. Politikwissenschaftlich interessant sind zunächst Studien zum Wandel von Parteien (Diehl 2018; Chadwick/Stromer-Galley 2016) sowie neuen politischen Organisations- und Partizipationsformen (Margetts 2019; Bimber 2016). Auch der Strukturwandel der Öffentlichkeit berührt unmittelbar sozialwissenschaftliche Fragestellungen (Ercan et al. 2019; Bennett/Pfetsch 2018; Ingold 2017). Darüber hinaus erschließt sich die sozialwissenschaftliche Forschung Phänomene wie Big Data und die neue Datenökonomie (Aradau/Blanke 2017; Beer 2016; Tufekci 2014). Sie beschäftigt sich mit Automatisierungsprozessen und konzeptualisiert den Beitrag von Algorithmen und Machine Learning Verfahren darin (Beer 2017; Esposito 2017; MacKenzie 2015). Ein weiterer wichtiger Forschungsgegenstand betrifft die Entstehung von sozialen Netzwerken und die zunehmende »Plattformisierung« (Helmond 2015) von Märkten und öffentlichen Räumen (van Dijck et al. 2019). Die regionale wie auch sektorale Ausdehnung von Plattformen rüttelt an vielen Strukturmerkmalen moderner Gesellschaften und bringt eine enorme wirtschaftliche Machtzentration mit sich (Gorwa 2019; Plantin et al. 2018; Langley/Leyshon 2017). Regulierungspolitische Antworten auf diese Entwicklung fallen jedoch aus unterschiedlichen Gründen schwer (zuletzt Rahman/Theelen 2019; Gillespie 2018).

Auffällig an der aktuellen Digitalisierungsforschung ist ihre Inter- bzw. Transdisziplinarität. Untersuchungsleitende Fragestellungen adressieren stärker empirische Phänomene als disziplinäre Traditionen. Dies zeigt sich auch an der Vielzahl und Heterogenität der internationalen Zeitschriften, über die sich relevante sozialwissenschaftliche Veröffentlichungen derzeit verteilen. Auf der einen Seite wirkt diese »Echtzeit-Orientierung« auf die digitale Gegenwart befreidend, auf der anderen Seite droht der Anschluss an relevante theoretische Erkenntnisbestände verloren zu gehen. Buchreihen wie diese können vor diesem Hintergrund möglicherweise eine Scharnierfunktion zwischen den Disziplinen, aber auch den empirischen und theoretischen Arbeiten übernehmen.

All die genannten Beobachtungen, Besonderheiten und Entwicklungen sollen sich gemäß unseren Zielsetzungen in dieser Reihe widerspiegeln. Denn die Vielfalt der Gegenstände und Anwendungen, der Vergleich mit anderen Nationen und die Untersuchung verschiedener Regulierungs- und Governance-Instrumente eröffnen ein breites Forschungsfeld. Ein größeres kritisches Bewusstsein hinsichtlich der Technologieentwicklung und ihrer gesellschaftlichen Folgen unterstreicht außerdem die Nachfrage nach problemorientierter und kritischer sozial- und insbesondere auch politikwissenschaftlicher Forschung. Zudem schießt der gewachsene Argwohn gegenüber den »neuen« Medien, wie etwa in der Feuilletondebatte gepflegt, gelegentlich über ein empirisch belegbares Maß hinaus. Die heranwachsenden kritischen Bedenken bedürfen einer gründlichen empirischen Überprüfung, Diskussion und normativen Bewertung. Auch hierfür soll die Reihe Raum bieten.

So ist es also nicht trotz des Wandels der wissenschaftlichen Forschungsgegenstände und Veröffentlichungsmöglichkeiten, sondern *gerade jetzt* unser Ziel, mit dieser Buchreihe einen Publikationsort für politikwissenschaftliche Werke, aber auch für Beiträge aus angrenzenden Disziplinen, für theoretische wie empirische Arbeiten zu Fragen der Digitalisierung zu schaffen. Unsere Reihengründung setzt zu einem Zeitpunkt an, da sich das Feld neuerlich und verschiedentlich transformiert. Sie basiert auf der Erwartung eines kontinuierlich andauernden Veränderungsprozesses zeitgenössischer Sozialwissenschaften und geht zugleich von der Feststellung aus, dass das Forschungsfeld hinreichend etabliert und breit für eigene Publikationslinien ist.

Bleibt die Frage, warum die Buchform uns sinnvoll erscheint, um diese Zielsetzung zu verfolgen. Auch wenn die Bedeutung von Büchern im wissenschaftlichen Publikationsbetrieb in den vergangenen Jahren nicht zuletzt aufgrund digitaler Einflüsse erheblich zurückgegangen sein mag, gehören Bücher doch weiterhin zu den zentralen wissenschaftlichen Veröffentlichungsformaten. Sie spielen in Forschung und Lehre eine große Rolle. NachwuchswissenschaftlerInnen wird es durch die jeweiligen Promotions- und Habilitationsordnungen in den Sozialwissenschaften weiterhin an vielen Universitäten im deutschsprachigen Raum zumindest nahegelegt, Dissertationen und Habilitationen in Form von Monographien anzufertigen. Schon allein deshalb erscheint es notwendig, diesen Arbeiten, die oftmals von herausragender Qualität sind, einen Ort zur Publikation unter attraktiven Bedingungen zu bieten und sie dem relevanten fachwissenschaftlichen Publikum sowie interessierten Kreisen darüber hinaus sichtbar zu machen. Ferner sind wir als HerausgeberInnen der Reihe aber auch der Überzeugung, dass das akademische Großformat sowohl in Form von Sammelbänden als auch von Monographien einen unverzichtbaren Bestandteil der wissenschaftlichen Publikationslandschaft darstellt. So können Sammelbände breitere Debatten anstoßen und verschiedene Perspektiven und Deutungen an einem Ort zusammenführen. Monographien hingegen erlauben die Präsentation von Ergebnissen eigenständiger, konzentrierter Forschungstätigkeit in einem Werk.

Dabei wollen wir uns eine zentrale Errungenschaft des digitalen Zeitalters jedoch unbedingt zunutze machen: Wissenschaftliche Publikationen können heutzutage elektronisch weltweit, einfach und schnell verfügbar sein – und dies sollten sie auch. Wer gelesen werden will und, dies ist für einen Sammelband nicht unerheblich, wer seinen AutorInnen die Chance bieten will, dass die Beiträge weithin, gesammelt oder auch als Einzelstücke verbreitet werden können, kommt an digitalen Verbreitungsformaten nicht vorbei. Es darf für WissenschaftlerInnen also nicht von vornherein zu einem Nachteil der Beteiligung an Buchprojekten werden, dass ihre Arbeiten nicht weithin sichtbar und abrufbar sind.

Auf der anderen Seite muss die Notwendigkeit digitalisierter Publikationszusammenhänge nicht bedeuten, dass wir unkritisch den Zentralisierungstenden-

zen digitaler Märkte unterliegen. Mit digitalen Technologien sind bislang zu häufig Oligopole oder sogar Monopolisierungstendenzen verbunden, die im Ergebnis weder ökonomisch noch gesellschaftlich oder wissenschaftlich von Vorteil sind. Gernade die Wissenschaft ist darauf angewiesen, dass das Recht auf freie Forschung auch mit einer breiten Auswahl an Publikationsmöglichkeiten und -orten einhergeht und dass die Kosten auf Seiten der Bibliotheken und LeserInnen überschaubar bleiben.

Wie so vieles andere, wandelt sich also auch die Arbeit der Verlage im digitalen Zeitalter fundamental. Und wir verstehen es als eine Aufgabe der ForscherInnen, diesen Wandlungsprozess nicht nur wissenschaftlich zu untersuchen, sondern durch unsere eigene Publikationstätigkeit auch praktisch mitzugestalten. Deshalb verfolgen wir mit dieser Reihe eine konsequente Open-Access-Strategie und freuen uns, dass uns der transcript Verlag ein entsprechendes Angebot im Rahmen der Förderung OA2020 machen konnte. Diese Förderung bietet die Möglichkeit eines zeitgemäßen Publizierens von welchem AutorInnen, HerausgeberInnen, Verlage und RezipientInnen gleichermaßen profitieren können. Bleibt zu hoffen, dass solche Förderlinien auch in Zukunft Bestand haben, um langfristig dazu beizutragen, dass wissenschaftliche Arbeiten möglichst frei zugänglich sind und gelesen werden können.

Dieser Band ist das Ergebnis vielfältiger konzeptioneller wie wissenschaftspolitischer Überlegungen. Als Auftaktband versammelt er programmatische Beiträge zum Stand der Forschung und zu zentralen Perspektiven des Feldes »Politik im digitalen Zeitalter«, die von je mindestens einem Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Reihe (mit-)verfasst wurden. Ein solcher Überblick auf vergleichsweise wenigen Seiten kann freilich nie erschöpfend sein, er soll den AutorInnen aber dazu dienen, zentrale Debatten und Studien vorzustellen, einzuordnen und miteinander in Verbindung zu bringen. Idealerweise gelingt es mit Hilfe des Bandes außerdem, neue Diskurse und Forschungen anzuregen.

Um das vielfältige und wachsende Forschungsfeld abzubilden, nimmt der Band zunächst den Wandel grundlegender Konzepte und Begriffe in den Blick: Er diskutiert im ersten Teil die Entwicklung von Demokratie, Öffentlichkeit, Souveränität und Grundrechten unter den Bedingungen der Digitalität. Im zweiten Teil stehen spezifische Akteure und Akteursgruppen im Mittelpunkt der Darstellungen, maßgeblich Parteien und Soziale Bewegungen. Der dritte Teil des Bandes widmet sich schließlich den Möglichkeiten und Herausforderungen, die digitale Technologien für die politische Governance, Regulierung und die wissenschaftliche Forschung darstellen. Hier werden u.a. Fragen der Privatheit und Sicherheit angesichts von Phänomenen wie Künstlicher Intelligenz und Big Data diskutiert.

Schon in den Beiträgen des ersten Teils, die sich maßgeblich mit dem Wandel gesellschaftlicher und politischer Grundlagen und Begriffe befassen, wird deutlich, wie fundamental die politischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozesse

sind, mit denen Demokratie im 21. Jahrhundert konfrontiert ist. Man muss keine Untergangsszenarien bemühen, um aufzuzeigen, dass unser Zusammenleben sich durch die neuen Technologien (erneut) grundlegend verändert und damit ein neues politisches Zeitalter begründet wird.

So argumentiert *Jeanette Hofmann* im ersten Beitrag, dass das Verhältnis von Demokratie und Digitalisierung als Konstellation bzw. Ermöglichungsverhältnis begriffen und beschrieben werden sollte, nicht als ein Kausalverhältnis. Denn Demokratie ist immer technisch vermittelt, politisches Handeln und Kommunikationsmedien prägen sich nicht ein-, sondern wechselseitig. Die im digitalen Zeitalter entstehende »mediatisierte Demokratie« offenbart entsprechend im Vergleich zur klassisch-repräsentativen Demokratie vielfältige Unterschiede. Die aktuelle demokratische Konstellation befindet sich in einem experimentellen Entwicklungsstadium, in dem viele etablierte Beziehungen, Institutionen und Prozesse auf den Prüfstand gestellt werden können – und müssen.

In Verbindung mit dem Verhältnis zwischen Digitalisierung und Demokratie stehen die Beziehungen zwischen Internet und Staat, die Auswirkungen der Digitalisierung auf Konzepte und Mechanismen territorialer Ordnung und staatlicher Souveränität. Unter diesem Leitbegriff überblickt *Thorsten Thiel* in seinem Beitrag »Souveränität: Dynamisierung und Kontestation in der digitalen Konstellation« die mittlerweile breite Literaturlandschaft zu diesem Themenkomplex. Er identifiziert drei wesentliche Debattenstränge je nach dem zentralen Prinzip, das durch die digitale Transformation herausfordert wird, nämlich erstens das Prinzip territorialer Staatlichkeit, zweitens das Prinzip von Herrschaft und Kontrolle, drittens das Prinzip demokratischer Selbstbestimmung. In seinem Ausblick sagt Thiel eine Konzentration auf den zweiten Strang voraus. Während die Herausforderungen territorialer Staatlichkeit in Zeiten der Renationalisierung an Dringlichkeit verlören, sei die anspruchsvolle Ausdeutung von Souveränität als demokratischer Selbstbestimmung widersprüchlich und missbrauchsgefährlich.

In zwei Beiträgen wird das Augenmerk auf die politische Öffentlichkeit gerichtet. *Claudia Ritzi* analysiert vor dem Hintergrund verschiedener Demokratietheorien die Veränderung der Funktionen, die politische Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter für die Demokratie übernimmt, übernehmen kann und übernehmen soll. Ohne Zweifel haben die BürgerInnen heute einerseits leichten Zugang zu mehr Informationen denn je, gleichzeitig wird die Integration der vielen Teilöffentlichkeiten zunehmend schwierig. Phänomene wie Echokammern und Kommerzialisierung werden in diesem Beitrag ebenso diskutiert wie die Eröffnung deliberativer Diskussionsräume im Internet. Wie kann und sollte die Demokratietheorie auf solche Entwicklungen reagieren? Diese Frage steht im Mittelpunkt des Beitrags.

Barbara Pfetsch, Annett Heft und *Curd Knüpfer* fokussieren auf die Entstehung und die Charakteristika transnationaler Öffentlichkeiten unter den Bedingungen der Digitalisierung. Die AutorInnen beginnen auf der konzeptuellen Ebene und

unterscheiden ein normativ-deliberatives Konzept, ein regional verankertes, europäisches Konzept sowie schließlich ein Konzept der »transnational vernetzten Ökologien von Publicness«. Anhand dieser drei Orientierungspunkte ordnen sie die relevante Forschungslandschaft in übergeordnete Ansätze: normativ-deliberativ, empirisch-analytisch und reflexiv-konstruktivistisch. Nach einer Vorstellung wesentlicher Eigenschaften transnationaler digitaler Netzwerköffentlichkeiten wie Volatilität und Hybridität, der Heterogenität von Sprecherensembles sowie fluider Gemeinschaftsbildung formulieren Pfetsch, Heft und Knüpfer mit Blick auf aktuelle Phänomene und Entwicklungen zentrale Forschungsfragen. Für die künftige Forschung in dem Untersuchungsfeld fordern sie theoretische Konzepte und empirische Methoden, die den Netzwerkeigenschaften digitaler Kommunikationsflüsse gerecht werden.

Der grundlegende Wandel demokratischer Verfahren wird auch mit Blick auf jene Veränderungsprozesse deutlich, die sich vor allem auf der Ebene der Akteure manifestieren. Sie werden im *zweiten Teil* dieses Bandes unter die Lupe genommen. Viele BürgerInnen nutzen neben den etablierten konventionellen und unkonventionellen heute auch Beteiligungsmöglichkeiten via Internet. Parteien und politische Repräsentanten können und müssen heute auf neue Weisen mit ihren (potentiellen) WählerInnen in Kontakt treten. Während vor allem die beiden so genannten »Volksparteien« SPD und CDU diesen Wandlungsprozess eher langsam durchlaufen, haben Soziale Bewegungen das Internet schnell für sich entdeckt.

Norbert Kersting zeigt vor diesem Hintergrund auf, welche Bedeutung der Online-Partizipation heute zukommt. Mit Hilfe eines »Partizipativen Rhombus« bestehend aus repräsentativen, direktdemokratischen, deliberativen und demonstrativen Engagementformen und anhand von Evaluationsindikatoren strukturiert und bewertet er die aktuelle politische Beteiligungslandschaft. Hierüber werden derzeitige Tendenzen der Online-Partizipation deutlich: Die Vorteile digitaler politischer Partizipation liegen laut Kersting bislang in den Bereichen Information und Mobilisierung. Demgegenüber haben die auf Face-to-Face-Kontakte basierenden analogen Beteiligungsinstrumente Vorteile in Bezug auf die Deliberation und die langfristige Vernetzung. Eine »Blended Participation«, d.h. die hybride Kombination von digitalen und analogen Beteiligungsformen biete vielversprechende Möglichkeiten, vor allem, wenn politische Beteiligungsangebote in Kombination mit sozialer Innovation eine höhere Nachhaltigkeit erfahren.

Isabelle Borucki untersucht politische Parteien, die als zentrale Akteure im politischen System vom digitalen Transformationsprozess sowohl in der innerparteilichen Kommunikation wie auch im Kontakt zu den BürgerInnen und zu anderen Parteien und Organisationen in besonderem Maße betroffen sind. Nachdem die Normalisierungsthese die Euphorie der Transformationsthese weitgehend abgelöst hat und gleichzeitig die Persistenz bestehender Ungleichheiten auch in digitalen Umwelten deutlich wurde, hat die Parteienforschung neben der Analyse des

Wandels der Parteien und Parteitypen einen Fokus auf innerparteiliche Organisation und Kommunikation von KandidatInnen wie auch auf neue Parteiprogramme und Policies gelegt. Zukünftige Forschung wird laut Borucki stärker auf Best-Practice ausgerichtet sein und neben vergleichenden Ansätzen auch verstärkt neue empirische Methoden in den Vordergrund rücken.

Sigrid Baringhorst befasst sich mit dem Zusammenhang von Digitalisierung und sozialen Bewegungen und gibt einen Überblick über die zentralen Fragestellungen, konzeptionellen Zugänge und Befunde der einschlägigen Forschung. Im Mittelpunkt steht dabei zum einen die Frage, ob soziale Bewegungen vom technischen Wandel eher profitieren oder durch diesen geschwächt werden und zum anderen, welche konkreten Effekte die Nutzung digitaler Technologien und Dienste auf die jeweiligen Organisations- und Mobilisierungsformen hat. Die zentrale These lautet, dass die Digitalisierung den Bedarf formaler Organisationsstrukturen für politische Mobilisierung erheblich senkt und zugleich die Möglichkeiten kollektiver »bottom-up«-Aktionen erweitert. Baringhorst schließt daraus auf einen Wandel medialer »Gelegenheitsstrukturen politischen Protests«: die Möglichkeiten politischer Beteiligung nehmen zu, während die einzukalkulierenden Transaktionskosten fallen.

Jasmin Fitzpatrick analysiert soziale Medien, wie Facebook, Twitter und Instagram. Sie bilden zentrale Kommunikationskanäle der Digitalisierung und die Mehrzahl der Forschung zur Digitalisierung konzentriert sich daher auf diese Medien. Fitzpatrick untersucht die Nutzung sozialer Medien in sozialen Bewegungen, bei politischer Partizipation sowie im Wahlkampf der politischen Parteien. Die »Logik konnektiven Handelns« (Bennett/Segerberg) basiert auf neuen, oft kurzfristigen Netzwerkstrukturen jenseits der Parteien. Bei der individuellen politischen Partizipation zeigten sich Probleme in der deliberativen Qualität der Instrumente und ein Zuwachs von Bildern (Memes etc.). Im Wahlkampf werden direkte Kontakte zu den WählerInnen und neue Formen des Micro-Targeting genutzt. Die sozialen Medien zeigten jedoch auch Kehrseiten von Online-Kommunikation wie Echokammern, Slacktivism und Hate Speech. Sie sind zudem auch eine Plattform für Fake News und Social Bots. Für zukünftige empirische Untersuchungen bieten sich somit nicht nur neue empirische Methoden der Inhalts- oder Netzwerkanalyse an, sondern auch neue Themen.

Der dritte Teil des Bandes fokussiert auf Digitalität als Herausforderung für politische Governance und als Forschungsgegenstand und -instrument. *Marianne Kneuer* gibt hier zunächst einen Überblick über die Entwicklung und Perspektiven des E-Governments bzw. Open Governments. So birgt das Internet viele Potentiale, um den BürgerInnen einen unkomplizierten, schnellen und kostengünstigen Zugang zu Verwaltungsleistungen zu ermöglichen und somit die Legitimität der Demokratie zu stärken – das Gebot der Datensicherheit muss dabei jedoch stets in einem hinreichenden Maße berücksichtigt werden. Internationale Organisationen

wie die OECD oder die UN haben E-Government und Open Government bereits zu Beginn der 2000er Jahre als vielversprechendes Konzept der Reform und Entwicklung erkannt, insbesondere im Bereich Gesundheit, Umwelt und Sozialpolitik. Bis heute lassen sich jedoch in Anwendung und Erforschung dieser Technologien große Differenzen zwischen dem globalen Norden und dem Süden ausmachen und es lässt sich eine generelle Theorieschwäche in der Weiterentwicklung v.a. des E-Government-Ansatzes konstatieren.

Nicht nur die unmittelbare, primär bürokratische Interaktion zwischen BürgerInnen und Verwaltung wandelt sich jedoch, es entstehen auch neue Schutz- und Kontrollbedarfe – selbst auf der Ebene der Grundrechte. Der Beitrag von *Anja Mahr* und *Sabrina Görisch* rekonstruiert die Debatte. Während zunächst vor allem die zunehmende staatliche Zensur im Internet und das Thema Cybersicherheit im Fokus standen, kreisen aktuelle Diskussionen vor allem um Themen wie Hetze, Fake News und Künstliche Intelligenz. Tangiert sind dabei insbesondere das Grundrecht auf Schutz der Persönlichkeit und das darunterfallende Recht auf Schutz der informationellen Selbstbestimmung und der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme.

Vor allem auf der europäischen Ebene waren in Folge dieser Herausforderungen in den letzten Jahren bedeutsame Rechtsanpassungen zu verzeichnen. *Carlos Becker* und *Sandra Seubert* zeigen am Beispiel der Privatheit auf, dass erfolgreiche Regulierung heute vielfach einer mehrdimensionalen Rechts- und Vertragsarchitektur bedarf. Das Verhältnis von Digitalisierung, Demokratie und Privatheit ist kaum mehr innerhalb der Grenzen von Nationalstaaten zu begreifen oder erfolgreich politisch zu bearbeiten. Vor diesem Hintergrund erlangt die EU als politischer und rechtlicher Akteur eine herausgehobene Bedeutung.

Demgegenüber sind die Möglichkeiten supranationaler, sprich: europäischer, Regulierung im Feld der Cybersicherheit, das in einem kritischen Spannungsverhältnis zu Datenschutz und Privatheit steht, sehr begrenzt. *Wolf J. Schünemann* und *Stefan Steiger* beleuchten das Feld Cybersicherheit und geben einen Überblick über Stand und Aussichten der Forschung »jenseits der Versicherheitlichung«. Dabei ist der Artikeltitel durchaus im doppeltem Wortsinne zu verstehen, denn zum einen werden mit der Cybersicherheitsforschung als Teil strategischer Studien, der vergleichenden Sicherheits- und Konfliktforschung sowie der internationalen Normenforschung weitere Stränge neben den kritischen Sicherheitsstudien und ihrem Kernkonzept der Versicherheitlichung identifiziert und vorgestellt. Zum anderen mündet die Darstellung in einen programmatischen Ausblick, der die Risiken einer um sogenannte Desinformation in der Online-Kommunikation erweiterte Bedrohungssperzeptionen betont und darin neue, teils durch die wissenschaftliche Diskussion beförderte Sekuritisierungstendenzen entdeckt. Vor diesem Hintergrund mahnen die Autoren zu kritischer Reflexion und fordern die Überprüfung zentraler Annahmen durch empirische Forschung.

Frank Marcinkowski und *Christopher Starke* gehen der Frage nach, inwieweit künstliche Intelligenz und Algorithmen alle sozialen Gruppen fair behandeln und Diskriminierung vermeiden (können). Künstliche Intelligenz wird dabei definiert als eine kognitive Leistungsfähigkeit im mathematischen, sprachlichen und räumlichen Denken, mit Blick auf die Merkfähigkeit und als Auffassungsgabe. Aufbauend auf dem Input-Throughput- und Output-System verweisen die Autoren auf ein vierdimensionales Modell von Fairness. Distributive Fairness interpretiert, analog zur Output-Legitimation, die Verteilung der Ressourcen entsprechender Bedürfnisse. Prozedurale Fairness ist analog zur Input-Legitimation auf Konsistenz, Neutralität, Genauigkeit, Realisierbarkeit, Ethik und Repräsentativität ausgerichtet. Interktionale Fairness greift die Beziehungen im Konflikt auf. Letztlich rückt informationelle Fairness in den Vordergrund.

Lena Ulbricht nimmt im anschließenden Beitrag Künstliche Intelligenz aus einer ebenfalls wissenschaftsorientierten, aber allgemeiner gehaltenen Perspektive in den Blick. Sie argumentiert zunächst, dass Big Data ein relevantes Thema für die politikwissenschaftliche Forschung ist, da mit Hilfe computergestützter Datenanalysen Wissen generiert wird, das in vielfältiger Weise in Informations- und Entscheidungssysteme einfließt – unter anderem kann es als Verwaltungsinstrument genutzt werden. Ulbricht zeigt jedoch auch auf, dass Big Data ein innovatives Instrument der Sozialforschung, ein Instrument der Selbsterkennung und der gesellschaftlichen Koordination sein kann.

Möglichkeiten und Risiken datenwissenschaftlicher Verfahren und ihres Einsatzes in den Sozialwissenschaften werden schließlich im Beitrag von *Sebastian Stier* und *Andreas Jungherr* zu »Digitale[n] Verhaltensdaten und Methoden der Computational Social Science in der politischen Kommunikationsforschung« beschrieben. Zunächst identifizieren die beiden Autoren die zentralen Felder derzeitiger CSS-Forschung im diesbezüglichen Schwerpunktbereich politischer Kommunikation. Diese sind die Wahlkampf- und Parteienforschung, die digitale Öffentlichkeit und sog. Connective Action, die Qualität politischer Informationen und die Manipulation von Öffentlichkeiten, schließlich die Untersuchung von sog. Echokammern und Filterblasen. Anschließend an den Überblick über die Forschungslandschaft folgt die kritische Skizze einer Forschungsagenda, die die bestehenden Desiderata klar benennt. Demnach müsse die Anbindung an sozialwissenschaftliche Theorien verbessert werden, zudem müssten die Einschränkungen datenwissenschaftlicher Erhebungsverfahren und Messinstrumente offener diskutiert und die neuen Techniken durch etablierte Verfahren empirischer Sozialforschung flankiert werden. Schließlich stellen sich übergreifende Fragen der institutionellen Verankerung der Computational Social Science in Forschung und Lehre.

Wir danken dem Verlagsteam von transcript und vor allem den AutorInnen der einzelnen Beiträge herzlich für die Mitwirkung an diesem Band, der einen

bislang einzigartigen Überblick über die jüngere Forschung zum Thema Politik und Digitalisierung im deutschsprachigen Raum liefert.

Den Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats möchten wir außerdem für ihren über diesen Band hinausgehenden Beitrag zum Gelingen der neuen Reihe danken. Ein wachsendes Forschungsfeld umfassend zu sichten und besonders gute Titel für die Publikation in der Reihe auszuwählen erfordert Expertise, die über die Spezialisierungsgebiete der vier HerausgeberInnen hinausgeht. Aus diesem Grund sind wir dankbar für die Unterstützung durch so viele hochkarätige KollegInnen.

Ohne die umfangreiche editorische Unterstützung von Sabrina Görisch und zahlreiche Korrekturarbeiten von Annabelle Kreutzer sowie Leonard Kamps wäre eine termingerechte Erstellung des Manuskripts und Publikation dieses Bandes nicht möglich gewesen. Auch Ihnen gebührt daher unser herzlicher Dank!

Literaturverzeichnis

- Aradau, Claudia/Blanke, Tobias (2017): Politics of prediction: Security and the time/space of governmentality in the age of big data. In: European Journal of Social Theory 20 (3), S. 373–391.
- Baecker, Dirk (2018): 4.0 oder Die Lücke die der Rechner lässt. Leipzig.
- Beer, David (2017): The social power of algorithms. In: Information, Communication & Society 20 (1), S. 1–13.
- Beer, David (2016): How should we do the history of Big Data? In: Big Data & Society 3 (1), S. 10.
- Benkler, Yochai (2006): The wealth of networks. How social production transforms markets and freedom. New Haven.
- Bennett, W. Lance/Pfetsch, Barbara (2018): Rethinking Political Communication in a Time of Disrupted Public Spheres. In: Journal of Communication 68 (2), S. 243–253.
- Bergemann, Benjamin et al. (Hg.) (2016): Entstehung von Politikfeldern. Vergleichende Perspektiven und Theoretisierung. Ergebnisse des Workshops am 25. November 2015. WZB. Berlin (WZB Discussion Paper, SP IV 2016-401).
- Bimber, Bruce (2016): Three Prompts for Collective Action in the Context of Digital Media. In: Political Communication 34 (1), S. 6–20.
- Busch, Andreas (2019): Untersuchungsgegenstand Internet. In: Busch/Breindl/Jakobi (Hg.): Netzpolitik. Ein einführender Überblick. Wiesbaden, S. 17–51.
- Castells, Manuel (2001–2003): Das Informationszeitalter. Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. Opladen.
- Chadwick, Andrew/Stromer-Galley, Jennifer (2016): Digital Media, Power, and Democracy in Parties and Election Campaigns: Party Decline or Party Renewal? In: The International Journal of Press/Politics 21 (3), S. 283–293.

- Diehl, Paula (2018): Die 5-Sterne-Bewegung als Laboratorium neuer Tendenzen und ihre widersprüchlichen Repräsentationsbeziehungen. In: Thaa/Volk (Hg.): *Formwandel der Demokratie*. Baden-Baden, S. 129–154.
- Dohle, Marco/Jandura, Olaf/Vowe, Gerhard (2014): Politische Kommunikation in der Online-Welt. Dimensionen des strukturellen Wandels politischer Kommunikation. In: ZfP 61 (4), S. 414–436.
- Ercan et al. (2019): Public deliberation in an era of communicative plenty. In: Policy & Politics 47 (1), S. 19–36.
- Esposito, Elena (2017): Artificial Communication? The Production of Contingency by Algorithms. In: Zeitschrift für Soziologie 46 (4), S. 249–265.
- Faas, Thorsten/Sack, Benjamin C. (2016): Politische Kommunikation in Zeiten von Social Media. In: Bonner Akademie für Forschung und Lehre Praktischer Politik. URL: https://www.bapp-bonn.de/files/BAPP_Politische_Kommunikation_in_Zeiten_von_Social_Media_Web_Final.pdf (10.09.19).
- Gillespie, Tarleton (2018): Platforms Are Not Intermediaries. Georgetown Law Technology Review 2 (2), S. 198–216.
- Gorwa, Robert (2019): What is platform governance? In: Information, Communication & Society 22 (6), S. 854–871.
- Haunss, Sebastian/Hofmann, Jeanette (2015): Entstehung von Politikfeldern – Bedingungen einer Anomalie. In: Der Moderne Staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management 8 (1), S. 29–49.
- Helmond, Anne (2015): The Platformization of the Web: Making Web Data Platform Ready. In: Social Media + Society 1 (2), S. 1–11.
- Hilbert, Martin/López, Priscila (2011): The World's Technological Capacity to Store, Communicate, and Compute Information. In: Science, 332 (6025), S. 60–65.
- Hofmann, Jeanette/Katzenbach, Christian/Gollatz, Kirsten (2017): Between coordination and regulation: Finding the governance in Internet governance. In: New Media & Society 19 (9), S. 1406–1423.
- Howard, Philip N./Kollanyi, Bence (2016): Bots, #StrongerIn, and #Brexit. Computational Propaganda during the UK-EU Referendum. In: The Computational Propaganda Project. URL: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2798311 (15.04.2019).
- Imhof, Kurt (2015): Demokratisierung durch Social Media? Mediensymposium 2012. Wiesbaden.
- Ingold, Albert (2017): Digitalisierung demokratischer Öffentlichkeiten. In: Der Staat 56 (4), S. 491–533.
- Jacob, Daniel/Thiel, Thorsten (Hg.) (2017): Politische Theorie und Digitalisierung. Internationale Politische Theorie. Band 5. Baden-Baden.
- Jamieson, Kathleen Hall (2018): Cyberwar. How Russian hackers and trolls helped elect a president; what we don't, can't, and do know. New York.
- Kaplan, Fred (2016): Dark Territory: The Secret History of Cyber War. New York.

- Kersting, Norbert (2012): The Future of Electronic democracy. In: Kersting (Hg.): *Electronic democracy*. Leverkusen, S. 11–54.
- Kersting, Norbert (2019a): Digitalisation and Political Science in German. In: Kneuer/Millner (Hg.): *Political Science and Digitalization - Global Perspectives*. Opladen, S. 146–162.
- Kersting, Norbert (2019b): E-Governance und Online-Partizipation. Reformpfade, Akteure, Blockaden. In: Borucki/Schünemann (Hg.): *Internet und Staat*. Baden Baden, (im Druck).
- Kneuer, Marianne (2013): Bereicherung oder Stressfaktor? Überlegungen zur Wirkung des Internets auf die Demokratie. In: Kneuer (Hg.): *Das Internet: Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie?* 1. Auflage. Baden-Baden, S. 7–31.
- Kleis Nielsen, Rasmus et al. (2019): Reuters Institute Digital News Report 2019. In: Reuters Institute. URL: www.digitalnewsreport.org/(4.9.2019).
- Langley, Paul/Leyshon, Andrew (2017): Platform capitalism: The intermediation and capitalization of digital economic circulation. *Finance and Society* 3(1), S. 11–31.
- Lemke, Matthias/Wiedemann Gregor (Hg.) (2015): *Text Mining in den Sozialwissenschaften: Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse*. Wiesbaden.
- Mackenzie, Adrian (2015) The production of prediction: What does machine learning want? In: *European Journal of Cultural Studies* 18 (4/5), S. 429–445.
- Margetts, Helen (2019): Rethinking Democracy with Social Media. In: *The Political Quarterly* 19 (1), S. 107–123.
- Misgeld, Manuel, 2019: in: Vom Onlinezugangsgesetz zum One-Stop-Government. In: Schünemann/Kneuer (Hg.): *E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich*. 2. Auflage. Baden-Baden, S. 17–49.
- Morozov, Evgeny (2011): *The Net delusion. The dark side of internet freedom*. New York.
- Nassehi, Armin (2019): Muster: Theorie der digitalen Gesellschaft. München.
- Nationaler Normenkontrollrat (2017): Bürokratieabbau. Bessere Rechtsetzung. Digitalisierung. Erfolge ausbauen – Rückstand aufholen. Jahresbericht 2017 des Nationalen Normenkontrollrates. URL: https://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/Content/DE/Publikationen/Jahresberichte/2017-07-12-nkr-Jahresbericht-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (3.10.2018).
- Negroponte, Nicholas (1995): *Being digital*. New York.
- Norris, Pippa (2012): Political mobilization and social networks. The example of the Arab spring. In: Kersting (Hg.) 2012: *Electronic democracy*. Opladen, S. 55–76
- Plantin, Jean Christophe et al. (2018): Infrastructure studies meet platform studies in the age of Google and Facebook. In: *New Media & Society* 20 (1), S. 293–310.
- Reiberg, Abel (2017): The Construction of a New Policy Domain in Debates on German Internet Policy. In: *Eur Policy Anal* 3 (1), S. 146–167.

- Rheingold, Howard (1994): *Virtuelle Gemeinschaft. Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers.* 1. Auflage. Bonn, Paris und andere.
- Ritzi, Claudia; Zierold, Alexandra (2019): Souveränität unter den Bedingungen der Digitalisierung. In: Borucki/Schünemann (Hg.): *Internet und Staat. Perspektiven auf eine komplizierte Beziehung.* Baden-Baden, S. 37–59.
- Roberts, Steven et al. (2015): *Digital Methods for Social Science: An Interdisciplinary Guide to Research Innovation.* Basingstoke.
- Schünemann, Wolf J. (2019): E-Government und Netzpolitik – eine konzeptionelle Einführung. In: Schünemann/Kneuer (Hg.): *E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich.* 2. Auflage. Baden-Baden, S. 17–49.
- Shirky, Clay (2008): *Here comes everybody. The power of organizing without organizations.* New York.
- Thimm, Caja/Bächle, Thomas (2019): *Die Maschine: Freund oder Feind. Mensch und Technologie im digitalen Zeitalter.* Wiesbaden.
- Tufekci, Zeynep (2014): Engineering the public: Big data, surveillance and computational politics. In: *First Monday* 19 (7), S. 1–39.
- Zuboff, Shoshana (2018): *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus.* Frankfurt und New York.

